

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/50. Jahrgang

August 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

Klimagerechtigkeit und Verkehrswende in Gießen?

Eine kleine Fahrradstraße hier, et- was Farbe auf die Fahrradwege dort – mehr hat die ganz große Koalition aus SPD, CDU und Grünen dem Kli- mawandel in Gießen nicht entgegen- zusetzen. Und wird so ihrer Aufgabe, eine Verkehrswende politisch voran- zutreiben, nicht mal im Ansatz ge- recht. Ganz im Ge- genteil: Bürger- meister Neidel probt den Kniefall vor der Autolobby, wenn er bei der Ver- kündung, die Goe- thestraße in eine Fahrradstraße zu verwandeln, es für nötig hält, dies mit einer Erleichterung für innerstädtische Parkplätze verbinden zu müssen. Da

passt es auch ins Bild, dass die CDU in der Innenstadt eine Tiefgarage am Brandplatz fordert, statt eine Entsie- gelung und Begrünung der Fläche vor- anzutreiben. Also das Gegenteil des- sen tut, was Anwohner und breite Teile der Gießener Bevölkerung wol- len: nämlich eine lebenswerte Innen-



Inhalt:

Kliniksschließung/Arbeitsrenten	S. 2
Hände weg v. Brandplatz/Radverkehr	S. 3
Klimarettung/Halbwahrheiten	S. 4
LaGa-Folgen/Umwelt + Militär	S. 5
Nazis morden/Eritrea-Festival	S. 6
Mordversuch in Hessen/Büchel	S. 7
INF-Vertrag gekündigt/Termine	S. 8

stadt, die nur mit einer Begrenzung des PKW-Verkehrs zu haben ist. Derweil ist die Aufgabe riesig, der sich die Kommunen stellen müssen: Acht Jahre hat die Menschheit noch Zeit – so die detailreichen Prognosen des IPCC – den CO₂-Ausstoß auf Null zu senken, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu beschränken. Acht Jahre sind in der Politik wenig Zeit. Und es bedarf besser vorgestern als morgen eines radikalen Umdenkens vor allem in Sachen Mobilität.

(Fortsetzung auf Seite 2)

OB und FDP im Hickhack um Sonntags-Verkauf

Der Hickhack um die verkaufsoffenen Sonntage nimmt kein Ende. Die Hessische Landesregierung hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der im Wesentlichen die bisherigen Vorgaben fort- schreibt, d.h. das Festhalten an einem begründeten Anlass als Voraussetzung und die Beschränkung auf maximal vier Tage im Jahr.

Sie folgt damit weitgehend der im Grund- gesetz (Artikel 140) festgelegten absolu- ten Sonntagsruhe sowie den Regelun- gen im Arbeitszeitgesetz (§ 9 Absatz 1), wobei die möglichen Ausnahmen bereits grenzwertig sind (Wenn 4 Sonntage, warum nicht 12? Wenn der Handel, war-

um nicht die Industrie?). - Auch wenn hier der Einfluss der Kirchen, die ihre Schäfchen sonntags lieber bei sich ver- sammelt denn hinterm Verkaufstisch se- hen wollen, eine Rolle gespielt hat, ist dies doch ein Beschluss im Interesse der Kolleginnen und Kollegen.

Das Verbot der Sonntagsarbeit ist näm- lich mitnichten ein Gesetz zur Regelung des Wettbewerbs o. ä., sondern zum Schutz der abhängig Beschäftigten, de- ren Verfügbarkeit bereits jetzt drastisch zugenommen hat – durch Arbeitszeitver- längerungen, ständige Erreichbarkeit, Arbeit auf Abruf...

Jetzt jaulen alle diejenigen auf, die der

Ausbeutung rund um die Uhr keine Gren- ze gesetzt sehen wollen, allen voran die FDP, die dazu auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments einen Antrag stel- len will, und die AfD.

OB Grabe-Bolz, Mitglied jener Partei, die einst als Arbeiterpartei firmierte, gab kund:

„Die Universitätsstadt Gießen lehnt den Gesetzentwurf in allen Punkten entschie- den ab. Er macht sonntägliche Öffnun- gen, die diesen Namen verdienen, recht- lich unmöglich und schränkt das kom- munale Selbstverwaltungsrecht ohne Anlass unverhältnismäßig ein.“

Erika Beltz

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Traum der Rhön AG - Profite ohne Konkurrenz

Bertelsmann – das ist nicht ein harmloser Lesering und Buchclub, sondern ein international tätiger Medienkonzern mit großem Einfluss auf die öffentliche Meinung. Zur Steuervermeidung gibt es eine Bertelsmann-Stiftung. Diese dient aber nicht wohltätigen Zwecken, sondern unterhält eine Denkfabrik im Interesse des Großkapitals. Mit ihren Studien hat sie schon Entwicklungen zum Nachteil der Mehrheit und zum Vorteil der Großkonzerne eingeleitet. Jetzt hat diese Stiftung wieder einmal zugeschlagen und eine Untersuchung veröffentlicht, nach der es gut wäre, 800 der 1400 deutschen Krankenhäuser zu schließen. Parallel zu dieser Veröffentlichung lief in der ARD zur besten Sendezeit ein Film, der diese These unterstützte. In demagogischer Manier wurde dargestellt, kleine Krankenhäuser seien gefährlich für Patienten.

Den profitorientierten Kliniken wäre es am liebsten, wenn ihre Häuser ständig zu fast 100% belegt wären. Die Folgen davon sind jedes Mal zu sehen, wenn es durch Grippewellen

oder große Unfälle zu vermehrten Einweisungen in Kliniken kommt – dann liegen hunderte Patienten in den Fluren oder die Rettungswagen irren von Krankenhaus zu Krankenhaus, weil die Aufnahmekapazitäten fehlen. Was die Schließung von mehr als der Hälfte der Kliniken für die Anfahrtszeiten und die Versorgung in ländlichen Gebieten bedeuten würde, wurde nicht

untersucht – das Ergebnis hätte nicht zur bestellten Aussage gepasst. Interessant ist, dass die Bertelsmann-Erbin Brigitte Mohn sowohl im Aufsichtsrat der Stiftung als auch in dem der Rhön-Kliniken AG sitzt. Der Profit des Klinikkonzerns würde sicher gewaltig steigen, wenn es z.B. zur Uniklinik Gießen/Marburg keine Alternative mehr gäbe. Gernot Linhart



(Fortsetzung von Seite 1)

Klimagerechtigkeit

Umsetzbare Vorschläge dafür gibt es seit Jahren. Aus der Bevölkerung selbst, aus Umweltverbänden, von Studierenden, von Schülerinnen und Schülern, von für die Verkehrswende Demonstrierenden und auch im Parlament von der Fraktion der Gießener LINKEN. Dazu gehören: RegioTram, kostenloser und deutlich ausgebauter ÖPNV, Ausbau von Fahrradstraßen und -wegen, Car-Sharing in öffentlicher Hand - um nur einige wenige zu nennen. Nur umsetzen wollen SPD, Grüne und CDU diese Vorschläge nicht. Zu teuer sei es, ist das fadenscheinige Argument.

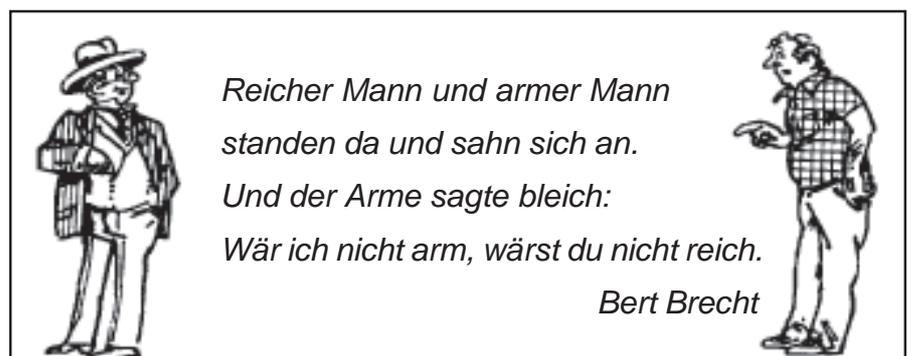
Hier wird sehr deutlich, wie sehr die kapitalistische „Marklogik“ der Bewahrung der Lebensgrundlagen aller im Wege steht. Nicht der Mensch und die Umwelt stehen im Mittelpunkt, sondern der Profit, Profite von denen die Mehrheit der Bevölkerung nur wenig zu sehen bekommt, geschweige denn hat.

Matthias Riedl, Vorsitzender der Fraktion Gießener LINKE

Armutsrenten für die Mehrheit

Vorweg eine Korrektur: Ein Abonnent machte uns darauf aufmerksam, dass uns bzgl. der Rente ein Fehler unterlaufen ist. Wir hatten vor einigen Monaten geschrieben, die gesetzliche Rente hätte früher mal 70% vom Bruttolohn betragen. Das stimmt so nicht, dann wäre diese Rente für viele höher gewesen als der letzte Nettolohn. Tatsächlich betrug die sogenannte Standardrente etwa 70% vom Nettolohn. Tatsächlich erreicht wird diese Rente nur von wenigen. Es besteht kein direkter Zusammenhang zwischen letztem Einkommen und Rente, die individuelle Rente berechnet sich aus der Versicherungszeit und der Lohnhöhe im ganzen Arbeitsleben. Nur wer 45 Jahre lang immer den gleichen Prozentsatz vom Durchschnittseinkommen verdient hat erreicht diese Standardrente, deswegen sind die Altersbezüge bei fast allen nied-

riger. Die heutigen Renten reichen nicht mehr zum Erhalt des Lebensstandards während der Berufstätigkeit, was früher mal politisches Ziel war. Selbst Gutverdiener müssen sich bei Renteneintritt überlegen, aus welchem Verein sie austreten, welche Abonnements sie abbestellen, ob sie nicht eine kleinere Wohnung suchen müssen. Das Rentenniveau, das mit der Agenda 2010 permanent gesenkt wurde, muss insgesamt angehoben und eine existenzsichernde Mindestrente eingeführt werden. **Derzeit liegt mehr als jede zweite Rente, 51,4%, unter 900 €.** Das geht aus der Antwort der Bundesregierung von Ende Juli ds. J. auf eine Anfrage der Linke-Abgeordneten Zimmermann hervor. **Konkret sind mehr als 9,3 Millionen Menschen betroffen. 58,6 Prozent der Rentner bekamen demnach weniger als 1000 €.**



Hände weg vom Brandplatz

Offensichtlich ist die Forderung nach einer Tiefgarage unter dem Brandplatz keine Sommerloch-Diskussion, sondern eine Forderung der CDU und des Gießener Einzelhandels, die mittlerweile auch die regierende Koalition aus SPD, CDU und Grüne erreicht hat.

Die Positionen scheinen klar: SPD und Grüne sagen nein; die CDU ist dafür. Schon einmal, nämlich in den 80er Jahren, sollte auf dem Brandplatz eine Tiefgarage samt Hotel gebaut werden; nach Protesten u. a. durch die BI „Was soll aus dem Brandplatz werden“ wurde das Projekt beerdigt.

An den damaligen Argumenten gegen die Tiefgarage mitten in der Stadt hat sich nichts geändert; im Gegenteil ist bei den meisten Bürgern die Erkenntnis gereift, dass die Innenstadt inner-

halb des Anlagenrings autofrei bleiben soll. Denn am Anlagenring befinden sich alle Parkhäuser und so kann innerhalb von Minuten jede Stelle der Innenstadt erreicht werden. Dazu kommt noch der Messeplatz (leider von Montag bis Freitag gebührenpflichtig). Innerhalb von 5 Minuten ist die Innenstadt bzw. der Wochenmarkt erreichbar!

Durch eine Tiefgarage unter dem Brandplatz wird mehr Verkehr in die Innenstadt geführt. Das kann man schon an den Markttagen (samstags) im Bereich des RP beobachten, während am Messeplatz genügend freie Parkplätze zur Verfügung stehen. Und das gebührenfrei am Samstag!

Auch die Idee der Marktbeschränkung, ein Parkhaus hinter dem Alten Schloss zu bauen, führt zu mehr Auto-Verkehr in der Gießener Innenstadt. Deshalb:



Mehr Platz für den Fahrradverkehr, Autos raus aus der Innenstadt, Anwohnerparken sowie kostenloser ÖPNV! Und: Ideen und Pläne für eine Tiefgarage in den Papierkorb!!

Helmut Appel



Gießener Echo vom Februar 1980



Radverkehr: Mitsprache unerwünscht

In drei hessischen Großstädten (Kassel, Frankfurt, Darmstadt) wollten Menschen das in Hessen zur Bürgerbeteiligung vorgesehene Instrument „Bürgerbegehren/Bürgerentscheid“ dazu nutzen, eine bessere, fahrradfreundliche Verkehrspolitik durchzusetzen. Gemeinsam mit Verkehrsverbänden wie ADFC und VCD erarbeiteten sie Vorschläge, wie Autofahren vermieden und Fahrradfahren gefördert werden könnte. Sie informierten darüber und sammelten die für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften. Nach der Einreichung der „Radentscheid“ ge-

nannten Vorhaben ließen sich die Städte erst mal viel Zeit für eine rechtliche Prüfung – überall mit dem gleichen Ergebnis: Das Anliegen wurde für unzulässig erklärt. Hauptbegründung war jedes Mal, die zu erwartenden Kosten und deren Begleichung wären nicht ausreichend genau dargestellt. Genaue Kostenberechnung im Voraus – da wird von Bürgern etwas verlangt, was nicht mal die dafür ausgebildeten Verwaltungen können. Es ist ja bekannt, dass fast alle öffentlichen Maßnahmen am Ende mehr kosten als vorgesehen war. Der Umgang der Städte

mit solchen Bürgerbegehren zeigt: Das Ganze ist mehr Beschäftigungstherapie als wirkliche Beteiligung. Wenn irgendwo ein Begehren tatsächlich mal zu einem Bürgerentscheid führt, scheitert der meistens an zu geringer Wahlbeteiligung. In der Regel gibt es mehr Stimmen dafür als dagegen, aber das geforderte Quorum von 25% der Wahlberechtigten wird nicht erreicht. Wenn es solche Quoren auch bei der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten gäbe, wäre kaum einer der hessischen Würdenträger im Amt.

Gernot Linhart

Klimarettung - nur gegen Konzernmacht möglich

Eines haben die Friday-for-Future-Kids geschafft: Alle wollen das Klima retten. Städte rufen den Klimanotstand aus, Länder setzen sich Ziele, bis 20 irgendwann klimaneutral zu werden, sogar Frau von der Leyen warb mit dem Versprechen (oder Versprecher?) um Stimmen, in Europa (sie meinte die EU) bis 2050 die CO₂-Emissionen auf 0 zu senken. Aber heute, morgen, übermorgen passiert nur wenig.

Deshalb entschließen sich manche, durch eigenes Verhalten ihren Beitrag zu leisten. Sie fahren Fahrrad oder Bus/Bahn statt Auto, fliegen nicht mehr (oder zumindest weniger), essen weniger Fleisch und kaufen unverpackt. Das ist schön, aber nicht entscheidend. Es kommt nicht darauf an, wie einzelne konsumieren, sondern wie und was produziert wird. Alle

Konzerne setzen nach wie vor auf ungebremstes Wachstum. Jedes fünfte Auto auf der Erde wird von deutschen Unternehmen gebaut – und diese Autos werden immer größer und schwerer, sie haben Motoren, mit deren Leistung früher Lokomotiven und Schiffe betrieben wurden.

Vor 20 Jahren sprach man von 3-Liter-Autos, aber die wurden nie beworben und waren viel zu teuer. Sie blieben Ladenhüter – „der Markt“ entschied dagegen.

Alle Fluggesellschaften weiten ihren Markt aus, die paar Menschen mit Flugscham können sie mit Billigangeboten leicht durch neue Kundschaft ersetzen. Jede gesparte Kunststoffverpackung wird schnell durch neue Produkte wie Kaffee kapseln und Kleinst- und Luxusverpackungen ausgeglichen. Kein Ölkonzern denkt da-

ran, erschlossene Öl- und Gasfelder liegen zu lassen, jede geförderte Menge findet auch ihren Abnehmer. Die EU schließt Handelsverträge ab, bei denen CO₂-Reduzierung keine Rolle spielt – im Gegenteil. Die Exportmöglichkeiten für Lebensmittel führen zu Waldzerstörung, der vermehrte Handel zu mehr klimaschädlichen Transporten.

Ohne jede Begründung wird die Rüstung immer weiter vorangetrieben, die größte Ressourcen- und Energieverschwendung überhaupt.

All das zeigt: Die Versprechungen von Politikern dienen nur zur Ablenkung und Beruhigung, auch von den Grünen ist nichts zu erwarten.

Eine wirkliche Wende ist nur möglich, wenn die Macht der Konzerne gebrochen wird. Gernot Linhart

Halbwahrheiten ... und andere Lügen

Ein Blick auf einige Medienberichte der letzten Woche ist wieder einmal sehr lehrreich.

INF-Vertrag

Da wäre zum Beispiel die bereits bis zum Erbrechen wiederholte Meldung, NATO-Generalsekretär Stoltenberg sorge sich um den INF-Vertrag, der am heutigen Freitag hinfällig sein wird. Aber statt sich an die Verursacherin des Problems zu wenden, nämlich die US-Regierung, die den Vertrag im Februar einseitig gekündigt hatte, oder statt sich an die eigene Nase zu fassen, weil nämlich die NATO samt ihrer Mitgliedstaaten den Vertragsbruch Washingtons einhellig unterstützt hatte – schiebt der zivile NATO-Chef den Schwarzen Peter wieder einmal den Russen zu. Die seien nicht bereit, auf ein Raketen system zu verzichten, das angeblich gegen den Vertrag verstoße. Beweise für die Behauptung? Keine.

Hongkong

In Hongkong gab es wieder großen Aufruhr. Laut Meldungen der bürgerlichen Medien ging es gegen den Einfluss Chinas und auch gegen ein Gesetz über die Auslieferung Verdächtiger an China. Dass dieses Gesetz längst vom Tisch ist, muss ja nicht unbedingt erwähnt werden. Dass die Demonstranten für „Demokratie“ mit

Fahnen der USA und auch mit der Flagge der britischen Kolonialverwaltung auf die Straßen gingen, ist allerdings keine Überlegungen wert.

Iran

Und da ist dann immer noch das leidige Tanker-Problem. Die britische Regierung braucht dringend eine Image-Auffrischung, also markiert sie den starken Mann und fordert von ihren Verbündeten Kriegsschiffe zum Schutz des friedlichen Handels. Immerhin haben ja die bösen Iraner

ein britisches Schiff in ihre Gewalt gebracht. Was spielt es da schon für eine Rolle, dass britische Spezialkräfte und Polizei zuvor bei Gibraltar, vom Restzipfel des einstigen britischen Kolonialimperiums aus, einen Tanker mit iranischem Öl regelrecht gekapert haben?

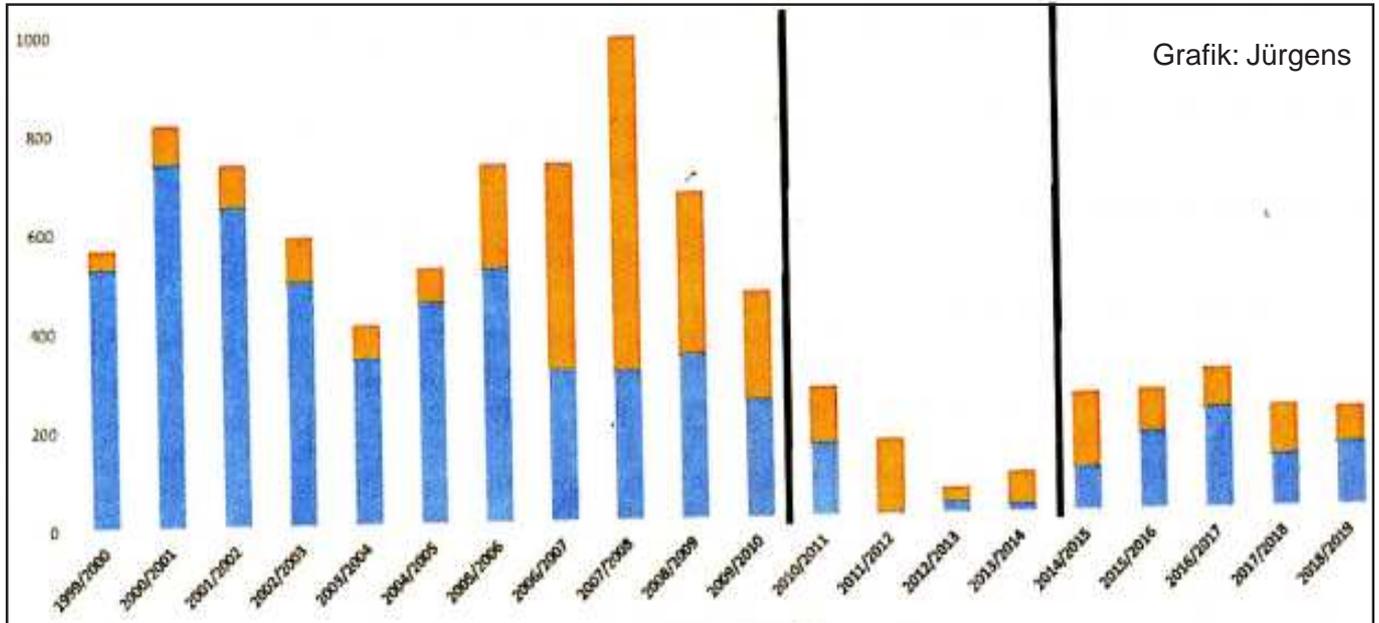
Solche und viele andere Halbwahrheiten lassen stets einen wichtigen Teil der eigentlichen Wahrheit weg und sind daher nicht besser als simple Lügen. Uli Brockmeyer

(aus: UZ . Unsere Zeit v. 2.8.19)



Die fatalen Folgen der LaGa in Zahlen

Vogelschützer und verantwortungsvolle Gießener warnten und warnen seit Jahren vor den Folgen der Landesgartenschau in der Wieseckau. Jetzt haben Biologen im Gießener Anzeiger statistische Beweise für den verheerenden Rückgang an Teichvogelarten im Neuen Teich und am Schwanenteich geliefert. Sie bestätigen damit die schlimmsten Befürchtungen der Bürgerinitiative „Wieseckau“. Die künstlich durch die Stadtregierung erzeugte Remmi-Dehmi-Profit-Unkultur mit Alkoholfesten für Zehntausende und der Strandbar im Landschaftsschutzgebiet neben einem Brutgebiet zerstören alle natürlich gewachsenen Entwicklungen.



Besonders dramatisch ist der Rückgang beim Teichhuhn. Der Abschnitt zwischen den senkrechten Linien beschreibt den Zeitraum vom Beginn der Vorarbeiten für die Landesgartenschau bis zu deren Ende. Die dunklen Balken beziehen sich auf den Schwanenteich, die hellen auf den Neuen Teich.

Kurios und erfinderisch bei der Methode, Profit zu realisieren und den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, zeigte sich Eventmanager Trageser (und Betreiber der Strandbar in der Wieseckau) beim Lahnuferfest. Wer etwas trinken wollte - und wer wollte das nicht - musste einen Zwangs-Trinkbecher für 3 Euro erstehen. Den Becher konnte man wieder bei bestimmten Geschäften für 2 Euro zurück geben. Aber - wer macht schon so etwas. Trageser gegenüber der Gießener Allgemeinen: „Mit der Einführung des Kaufbechers leistet jeder Besucher einen aktiven Beitrag zur Finanzierung.“ M. Berger

Umweltschutz heißt Militärabbau

Eine ernsthafte Umwelt- und Klimadebatte um drastische CO₂-Reduzierungen ist ohne Berücksichtigung des militärischen CO₂-Ausstoßes unvollkommen und unehrlich. Klimawandel, der Militär nicht mit einschließt, ist heiße Luft. Umweltschutz heißt also Kriegs- und Militärabbau. Es ist Zeit, dieses Tabuthema in die Öffentlichkeit zu zerren und zwar bei jeder Umwelt und Friedensaktion!

Was wir brauchen ist:

- * Einen umfassenden Abrüstungsprozess, der die Umwelt schon und die materiellen und finanziellen Ressourcen freisetzt zum Schutz und zum Überleben des Planeten und seiner Menschen.
- * Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, basierend auf „common goods“, einem Wirtschaften, das den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt, sowie nationale und weltweite Konversionspläne zur Umstellung des Militärischen auf das Zivile, mit den Zielen der Schaffung von guter Arbeit. Das Militärische muss gegen Null gefahren werden (degrowth).
- * Die umfassende, lebendige und aktionsorientierte Zusammenarbeit von Klima/Umwelt und Friedensbewegung: für das Leben und Überleben auf dem Planeten in sozialer Gerechtigkeit. Reiner Braun, Kampagne Stopp Air Base Ramstein



Nazis morden, der Staat schaut zu...

Der Lübcke-Mord reiht sich in faschistische Gewalttaten in Hessen und bundesweit ein. Das Bundesverfassungsgericht wollte die NPD nicht verbieten, weil der Verfassungsschutz diese Partei unterwandert und möglicherweise gesteuert habe. Bereits jetzt ist die Verflechtung zwischen der AfD und dem Staatsapparat eng. So sitzen überdurchschnittlich viele Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Soldaten für die AfD in Parlamenten.

Das alles ist kein Zufall. Faschisten und rechte Gewalt haben verschiedene Funktionen für diesen Staat:

Sie schüchtern Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kräfte ein. Lobbyverbände der großen Banken und Konzerne fordern einen radikalen Staatsumbau, um ihre Profitraten gegen Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung und internationale Konkurrenz (auch militärisch) zu sichern. Sie brauchen Hartz-IV, Ausrüstung und Sparmaßnahmen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung und schärfere Polizeigesetze, um sich

gegen zu erwartenden Widerstand zu wehren.

Weil die etablierten Parteien Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung machen und deswegen die Arbeits- und Lebensbedingungen immer prekärer werden, verlieren sie konstant an Glaubwürdigkeit. Deswegen gehen Teile des Kapitals auf Tuchfühlung mit rechten Gruppierungen, um die Unzufriedenheit statt



in antikapitalistische, in für das Kapital ungefährliche Bahnen zu lenken. Da sind Flüchtlinge und „faule“ Ar-

beitslose willkommene Sündenböcke, um die wahren Profiteure dieser Situation zu verschleiern. Denn AfD und Co. sind keine Alternative im Interesse der werktätigen Bevölkerung, sondern im Interesse der Profiteure der großen Banken und Konzerne. Die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht kam aus Nazi-Kreisen, bevor die CDU sie aufgriff. Als Antwort auf den Rechtsruck müssen wir

in alltäglichen Auseinandersetzungen in Schule, Uni und Betrieb zeigen, dass wir Verbesserungen nur gemeinsam mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen gegen die Interessen der großen Banken und Konzerne und ihre Politiker erkämpfen können.

Du bist Auszubildender, Schüler, Student oder junger Arbeiter und willst aktiv gegen Nazis und für ein besseres Leben werden? Dann melde dich bei uns unter: info@sdaj-hessen.de oder

über unsere Facebook-Seite.

Stellungnahme der SDAJ Hessen

(leicht gekürzt)

Eritrea-Festival in den Gießener Hessenhallen



Links: der frühere (2014 - 2018) Botschafter der BRD in Eritrea Andreas Zimmer, 2.v.r.: der Außenminister Eritreas Osman Saleh während des zwanglosen Empfangs.

Das Festival der Eritreer fand vom 12. bis 14. Juli wiederum in Gießen statt unter dem Motto "Resilienz für einen höheren Fortschritt". Es stand vor allem unter dem hoffnungsvollen Zeichen des Friedensvertrages zwischen Eritrea und Äthiopien 2018. Dies schlug sich in der freudigen und entspannten Stimmung der tausenden Teilnehmer bei den kulturellen Beiträgen und den politischen Diskussio-

nen nieder. Nun wird es möglich sein, die bisher notwendige Zeit der Einberufung beim Militär bzw. des Nationalen Dienstes zu reduzieren. - Unter den Beiträgen aus Österreich, der Schweiz und von verschiedenen Unterstützerorganisationen wurde auch ein kurzes Schreiben des Gießener Bürgermeisters Peter Neidel verlesen. (OB Grabe-Bolz fügte sich dem Druck der Grünen.) - Michael Beltz (Foto unten: 2.v.l.) schlug in seinem mit Beifall bedachten Grußwort vor, den Präsidenten der beiden Länder Äthiopien und Eritrea den Friedensnobelpreis zu verleihen. M.B.



Kundgebung gegen erneuten rassistischen Mordversuch in Hessen

Trotz sehr kurzfristiger Mobilisierung kamen am 30.7. ca. 120 Personen am Rathausplatz zusammen, um gegen den Mordanschlag auf einen jungen Flüchtling aus Eritrea in Wächtersbach zu demonstrieren.

Der Täter war ein Rassist, der den Mordversuch im Bekanntenkreis mehrfach angekündigt hatte, ohne dass ihn jemand davon abhielt. Als „Sportschütze“ verfügte er über einen Waffenschein und ein Arsenal aus mehreren Lang- und Kurzwaffen. Aus dem Auto schoss er mehrmals auf den zufällig vorbeikommenden Eritreer, nur wegen dessen Hautfarbe.

Das Opfer konnte durch eine Notoperation gerettet werden, der Täter beging nach einem weiteren Besuch in seiner Stammkneipe Selbstmord.

Rednerinnen und Redner von den Organisationen „Rassismus tötet“ (Veranstalter), „Seebrücke“, Eritreischer Gemeinde Gießen, Die Partei und Gießener Linke machten deutlich, wie gefährlich der weit verbreitete Rassismus ist und forderten, dass rechtzeitig dagegen eingeschritten werden muss, bevor aus Reden Taten werden.

Gernot Linhart

**Redaktionsschluss für
Sept.-Echo: Mi., 21. Aug.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Büchel: Atomraketen raus!



Über 100 DKP-Mitglieder, darunter auch aus Gießen, nahmen im Juli an den Blockaden am US-Atomwaffenstützpunkt in Büchel teil. Es wurde der Fliegerhorst an den Zufahrten blockiert, Kundgebungen in Koblenz und Trier organisiert, Unterschriften gesammelt, Theater gespielt, Workshops und Diskussionsrunden durchgeführt. Der Widerstand gegen die US-Atomwaffen in Büchel wird stärker, allerdings auch die ununterbrochene Polizeipräsenz und deren Vorgehen. Mit Sorge ist weltweit auf das Auslaufen des INF-Vertrags von 1987 zwischen der Sowjetunion und den USA über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen reagiert worden. Auch in Büchel sollen die 20 dort gelagerten Atomwaffen durch modernisierte ersetzt werden. Der Antikriegstag muss genutzt werden, um gegen die steigende atomare Kriegsgefahr auf die Straße zu gehen.

Martina Lennartz

Besuchen Sie Europa

*Wenn im Canale Grande U-Boote vor Anker gehen
Und auf dem Petersplatz in Rom Raketenabschussrampen stehen
Über'm Basar von Ankara ein Bombenteppich schwebt
Und aus den Hügeln des Olymp sich eine Pershing 2 erhebt
Dann ist alles längst zu spät
Dann ist, wenn schon nichts mehr geht
Besuchen Sie Europa
Solange es noch steht*

*Vor dem alten Kölner Dom steigt ein Atompilz in die Luft
Und der Himmel ist erfüllt von Neutronenwaffelduft
Wenn in Paris der Eiffelturm zum letzten Gruß sich westwärts neigt
Und in der Nähe von Big Ben sich zartes Alpenglühen zeigt
Dann ist alles längst zu spät
Dann ist, wenn schon nichts mehr geht
Besuchen Sie Europa
Solange es noch steht*

*Wenn aus der Haute Cuisine ein Hexenkessel wird
Wo sich der Koch aus Übersee seine alte Welt flambiert
Da wird gelacht und applaudiert, denn selbst der Kellner kriegt 'n Tritt
Was bleibt uns außer der Kultur, wir wünschen guten Appetit
Dann ist alles längst zu spät
Dann ist, wenn schon nichts mehr geht
Besuchen Sie Europa
Solange es noch steht*

*Ja dann ist alles längst zu spät
Dann ist, wenn schon nichts mehr geht
Besuchen Sie Europa
Solange es noch steht
Solange es noch steht, solange es noch steht
Solange es noch steht, solange es noch steht*

Dieses Lied von "Geier Sturzflug" aus dem Jahr 1983, basiert auf dem Werbetext eines US-Reisebüros "Besuchen Sie Europa, solange es noch steht"

Kündigung des INF-Vertrages durch die USA: Vorbereitung zum atomaren Erstschlag?

... Die Kündigung des Abkommens über das Verbot atomarer Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) durch Donald Trump, die heute wirksam wird, ist vorläufiger Endpunkt einer 30jährigen Politik der Sabotage des Völkerrechts und des Vertragsbruchs durch die USA und ihre Verbündeten. Diese Politik hängt nicht von dieser oder jener Figur im Weißen Haus ab, sondern zeigt das Wesen einer Ära des entfesselten Imperialismus, die der damalige US-Präsident George Bush 1990 „neue Weltordnung“ nannte. Aus seiner Sicht war der von ihm angezielte Irak-Krieg deren „erster Test“. ... Der Golfkrieg war der blutige Auftakt zu drei Jahrzehnten ununterbrochener westlicher Interventionen, neokolonialer Feldzüge und von außen angeheizter Bürgerkriege. Inbegriff der »neuen Weltordnung« wurde nach dem Ende der Sowjetunion 1991 der ungebremsste Staatsterrorismus der "einzigen Weltmacht", ab 2001 im Namen des globalen "Kriegs gegen den Terror", der Millionen Tote forderte und eine noch größere Zahl von Flüchtlingen verursachte.

Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung vertragen sich nicht mit Unipolarität, auch nicht eingebildeter. Es blieb allerdings Trump vorbehalten, den zentralen Bestandteil des Vertragsystems, das USA und Sowjetunion seit den 70er Jahren aufgebaut hatten, zu zertrümmern. Der INF-Vertrag machte den über Abrüstungskonventioneller Waffen in Europa (CFE) möglich, dessen Erweiterung insbesondere die neuen osteuropäischen NATO-Mitglieder strikt ablehnten. Und er war eine Voraussetzung für den über die Verringerung atomarer Sprengköpfe von 1991 und den von 2010. Alles deutet darauf hin, dass dieser New-START-Vertrag 2021 ersatzlos endet. Gefährdet ist sogar eines der ältesten Begrenzungsabkommen, der Atomwaffensperrvertrag aus dem Jahr 1968.

Die NATO hat bereits 2016 offiziell verkündet, dass sie zur atomaren Erstschlagsdoktrin des Kalten Krieges zurückkehrt. Die Entwicklung neuer Atomwaffen hatte in den USA vertragswidrig schon vorher begonnen. Das neue atomare Wettrüsten hat

insofern längst begonnen, der 2. August 2019 wird aber als Datum in die Geschichte eingehen, an dem der westliche Kriegspakt eine weitere lästige Fessel losgeworden ist...

Arnold Schölzel
(leicht gekürzt aus "junge Welt" vom 2.8.19 "Trümmerfeld")



Dem Genossen

Kurt Wirth

gratulieren wir herzlich

zu seinem 75. Geburtstag

und danken ihm für seine Hilfe und Unterstützung bei der Herausgabe des Gießener Echo.

Gießen, im August 2019, DKP-Kreisvorstand und Echo-Redaktion

Jeden Montag, von 18 - 19 Uhr bei den 3 Schwätzern im Seltersweg

Protest gegen Hartz IV

Im Alter noch fit! - Wir gratulieren herzlich unserem Genossen

Egon Momberger

zu seinem 70. Geburtstag

In Zeiten, in denen nicht nur in Deutschland, eine gefährliche Entwicklung nach Rechts stattfindet, steht Egon seit beinahe 50 Jahren zu seiner sozialistischen Überzeugung. - Auch das gegen ihn widerrechtlich verhängte Berufsverbot konnte ihn nicht beugen. Gießen, im August 2019, DKP-Kreisvorstand Gießen



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook



**6 Wochen
kostenlos testen**

www.unsere-zeit.de
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

**Info-Stände
der DKP**

**Samstag, 28. September,
26. Oktober, jeweils ab
10.30 Uhr am Kreuzplatz**